

Fachgespräch

Soziale Stadtteilentwicklung durch Sprachförderung

am 18.06.2003

Europa Gästehaus Hamburg-Horn

- Dokumentation –

Impressum

Das Fachgespräch wurde veranstaltet von:

- Bezirksamt Hamburg-Mitte
- Billenet

V.i.S.d.P.
Bettina Rosenbusch
Billenet ● Hübbesweg 9 ● 20537 Hamburg

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort von Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg / Billenet: Große Nachfrage nach wohnortnaher niedrigschwelliger Sprachförderung	4
Markus Schreiber, Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte: Die Bedeutung der Sprachförderung aus stadtentwicklungspolitischer Sicht	5
Maria Maderyc, Amtsleiterin in der Behörde für Soziales und Familie: Aufgaben, Zusammensetzung und Vorgehen des Integrationsbeirates	9
Zusammenfassung der Diskussion (1. Teil)	10
Rüdiger Winter, Arbeit und Leben Hamburg / Billenet: Angebote für wohnortnahe Sprachförderung sind notwendig	10
Angela Schmidt, Elternschule Rothenburgsort/Veddel: Teilnehmerinnen- und Angebotsprofil der Rothenburgsorter Deutschkurse	12
Marianne Dotzek, Elternschule Horner Geest: Frühzeitige Sprachförderung und Kooperation im Stadtteil wirken präventiv	13
Kathrin Koldewey und Raimund Menzel, Kinder- und Familienhilfezentrum Dringsheide: Sprache wirkt als Kompass	13
Zusammenfassung der Diskussion (2. Teil)	14
Bettina Rosenbusch, Billenet: Thesen- und Argumentationspapier zur Sprachförderung Zielgruppenorientierte Angebote zur wohnortnahen niedrigschwelligen Sprach- förderung müssen ausgebaut werden	16
Artikel von Rüdiger Winter im bille netz brief: Sprachförderung im Billenet: Amtsleiterin setzt auf Zusammenarbeit	18
Liste der TeilnehmerInnen	19

Vorwort von Rüdiger Winter
Arbeit und Leben Hamburg / Billenetz

Große Nachfrage nach wohnortnaher niedrigschwelliger Sprachförderung

Das Billenetz hat, gemeinsam mit dem Bezirksamtsleiter, Expertinnen und Experten aus Einrichtungen und aus der Verwaltung in Hamburg-Mitte sowie Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Behörden zum Fachgespräch „Soziale Stadtteilentwicklung durch Sprachförderung“ eingeladen.

Ausgangspunkt für die Überlegungen des Billenetzes ist die Lebenssituation der Menschen in der Region. Aspekte aus der sozialen Stadtteilentwicklung sollen unserer Meinung nach in das Hamburger Konzept zur Integrationsförderung, das aktuell neu erarbeitet wird, einfließen. Das Billenetz hat im Jahr 2002 eine Umfrage zur Sprachförderung in der Region durchgeführt, daraus 3 Kernaussagen:

- Es gibt eine starke Nachfrage nach wohnortnahen niedrigschwelligen Angeboten (Deutschkurse), insbesondere von Frauen die bereits längere Zeit in Deutschland leben.
- Es gibt bei den MigrantInnen ein Informationsdefizit und einen Mangel an Transparenz dahingehend, welche Angebote und Fördermöglichkeiten es gibt.
- Die Akteure im Stadtteil sehen übereinstimmend die Notwendigkeit und formulieren die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Vernetzung bei der Sprachförderung.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen erhoffen wir uns, dass unser Fachgespräch einen Beitrag für die interessante, konstruktive und zielorientierte weitere Arbeit am Thema leistet.

Markus Schreiber
Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte

Die Bedeutung der Sprachförderung aus stadtentwicklungspolitischer Sicht

Vorbemerkung:

Gern bin ich Ihrer Einladung gefolgt, allerdings muss ich gestehen, dass Sie in Sachen Sprachförderung wahrscheinlich die weitaus besseren Fachleute sind. Sie haben sich bereits in ihrer täglichen Arbeit mit dem Thema auseinander gesetzt und befinden sich als Träger der verschiedenen Angebote in einem ständigen Austausch untereinander – insbesondere auch in dem seit einigen Monaten bestehenden AK Sprachförderung. Meine Ausführungen werden deshalb eher allgemeiner Natur sein können, da dieses doch so wichtige Anliegen bislang nicht originär in den bezirklichen Aufgabenkatalog fällt.

Grundsätzliche Anmerkungen zum Begriff Integration

- **Integrationspolitik wurde lange Zeit vernachlässigt bzw. hat gar nicht stattgefunden**, da man wohl davon ausging, dass sich das „Problem“ spätestens mit der 2. bzw. 3. Generation der hier geborenen und das deutsche Schulsystem durchlaufenden Ausländer quasi von selbst erledigen würde.
Dass diese Rechnung nicht aufgegangen ist, wird spätestens deutlich seit dem z.B. vor einiger Zeit Presseberichte über die so gut wie nicht vorhandenen Deutschkenntnisse von Erstklässlern im Stadtteil Veddel aufschreckten. Seither wird auch von sonst doch eher „MultiKulti“ propagierenden gesellschaftlichen Gruppen die Notwendigkeit einer gezielten Sprachförderung bejaht.
- Wobei **Integration nicht Assimilation bedeutet**, also ein völliges Anpassen an die deutsche Gesellschaft meint.
Die Vielfaltigkeit der Kulturen und Sprachen aus den jeweiligen Herkunftsländern soll auf jeden Fall beibehalten werden. Jedoch ohne ein Mindestmaß an von allen akzeptierten Grundwerten und Rechtsnormen kann eine Gesellschaft auf Dauer nicht bestehen. Ganz abgesehen, dass eine gut funktionierende Gesellschaft auf Fairness und Chancengleichheit beruht. Chancengleichheit besteht aber nur, wenn für alle die selben Zugangsmöglichkeiten in Bildungs- und Berufschancen bestehen. Und natürlich ist ein gegenseitiger Respekt, Toleranz und ein „Verstehenwollen“ für den jeweils anderen erforderlich.
- Da Verstehen auch immer mit Verständigung zu tun hat, ist eine **„lingua franca“** also **eine von allen beherrschten Verkehrssprache** unerlässlich. Dies ist praktischerweise die Mehrheitsprache - in Deutschland also Deutsch.

Integration und soziale Stadtteilentwicklung

- Bislang wird das Thema **Integration** und damit die **Sprachförderung** als grundlegender Baustein einer gelungenen Integration, „behördlicherseits“ hauptsächlich auf Bundes- oder der ministeriellen Länderebene bewegt. Dies **wäre** aber eine **Querschnittsaufgabe**, die vernünftigerweise in die Hände der Kommunen gehörte (größere Kompetenz), denn **Integration geschieht „vor Ort“** also im Wohngebiet, am Arbeitsplatz, im Kindergarten, der Schule, etc.
- Ohne die Einbeziehung sprich Integration von großen Teilen der Wohnbevölkerung ist aber keine vernünftige stadtteilpolitische Entwicklung möglich.
- Soziale Stadtteilentwicklung ist in Hamburg eine bezirkliche Aufgabe. Im Vordergrund standen dabei jedoch in der Vergangenheit eher Handlungsfelder wie z.B. Beschäftigungsförderung oder Verbesserung der Infrastruktur.
- Bei einem Anteil von durchschnittlich 26,1 % Bewohnern nichtdeutscher Herkunft in Hamburg-Mitte und einer hauptsächlichens An siedlung in genau jenen Stadtteilen, in denen mit stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen gegengesteuert werden muss, dürfte schnell klar werden, dass der Ansatz bereits bei der sozialen Integration (und deren Voraussetzung nämlich entsprechende Sprachkenntnisse) beginnen muss. Zudem handelt es sich bei MigrantInnen ohne entsprechende Sprachkenntnisse um eine Zielgruppe der sozialen Stadtteilentwicklung, da mit steigender Sprachkompetenz auch der soziale Status steigt und unterstützende Maßnahmen dann nicht mehr in dem Maße erforderlich sind.
- Einige ausgewählte Daten, die die Situation in HH-Mitte verdeutlichen:
Der Stadtteil Veddel liegt mit 61,4% EinwohnerInnen nicht-deutscher Herkunft an der Spitze. Der Hamburger Durchschnitt beträgt 15,7%, mit 22,5% liegt Billstedt deutlich darüber, während z.B. Hamm-Nord mit 13,7% etwas unter dem Hamburger Durchschnitt liegt. Der Anteil der nicht-deutschen BewohnerInnen korrespondiert mit dem Anteil der Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen (z.B. Billstedt: 8,2% Arbeitslose und 14% SozialhilfeempfängerInnen, das ist etwa doppelt so hoch wie der Hamburger Durchschnitt).
Die ausgewählten Beispiele zeigen deutlich, dass z.B. ein **überdurchschnittlicher Anteil nichtdeutscher Bewohner** in einem Stadtteil fast **immer** mit einer **über dem Durchschnitt liegenden Anzahl an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern korrespondiert** (und umgekehrt).
- Eine 1999 im Auftrag der Ausländerbeauftragten durchgeführte Befragung zur Sprachkompetenz hat folgende Kernaussagen ergeben:
 - Bei den BewohnerInnen türkischer Herkunft sprechen 15,5% überwiegend deutsch, 33% sprechen überwiegend türkisch, immerhin 51% sprechen teilweise deutsch/teilweise türkisch. MigrantInnen aus Jugoslawien und Portugal sprechen häufiger überwiegend deutsch (ca. 37%), am wenigsten überwiegend deutsch sprechen MigrantInnen afghanischer Herkunft.

- Frauen sprechen etwas häufiger überwiegend ihre Heimatsprache als Männer.
- Je höher das Einkommen liegt, desto eher wird überwiegend deutsch gesprochen.
- Die jüngeren EinwohnerInnen nicht-deutscher Herkunft sprechen häufiger überwiegend deutsch als die älteren.
- In sogenannten Problem-Stadtteilen gibt es aufgrund der Bevölkerungsstruktur häufig die Situation, dass man auch ohne Deutsch-Kenntnisse gut zurecht kommen kann. Dies verschlechtert die Voraussetzungen für diese Bevölkerungsgruppen für alle weiteren Entwicklungsmöglichkeiten.

Bedarf an Sprachförderung

- Der Zusammenhang zwischen Sprachkenntnissen und gesellschaftlicher Integration wurde mittlerweile erkannt und deshalb gab es im geplanten Zuwanderungsgesetz erstmals Ansätze einer gesetzlichen Regelung für alle Zuwanderergruppen. Allerdings steht zu befürchten, dass die finanziellen Mittel dann ausschließlich für die „Neuankömmlinge“ ausreichen und die bereits länger hier lebenden MigrantInnen das Nachsehen haben werden.
- Gerade die große Gruppe der Angehörigen die im Rahmen des Familiennachzug nach Deutschland gekommen sind, für die in der Vergangenheit auch kein Anspruch auf Sprachfördermaßnahmen bestand, würde dann wohl kaum berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Frauen und Mädchen, deren sprachliche Integration aus zwei Aspekten besonders wichtig wäre. Einmal zur Wahrung von grundgesetzlich garantierten Rechten – nämlich der Gleichstellung von Mann und Frau - und zum anderen sind diese Frauen zugleich auch oft Mütter, also ein wichtiger Multiplikator hinsichtlich des Spracherwerbs der Kinder und entscheidend für deren Einstellung zur deutschen Sprache.
- Diese Gruppe ist am besten **zu erreichen mit wohnortnahen Angeboten** und **möglichst gekoppelt mit Kinderbetreuungsangeboten**, denn die Erfahrungen haben gezeigt, dass fehlende Kinderbetreuung und Schwangerschaft die Hauptgründe für den Abbruch oder das Nichtbeginnen von Sprachfördermaßnahmen waren.

Vernetzung der Träger

- Eine Vernetzung der verschiedenen Angebote ist sinnvoll, da die Förderung der Sprachkompetenz nur erst einmal die Grundlage für die gesellschaftliche Integration von Migranten sein kann. Der weitergehende Ansatz muss dieser Gruppe dann den Zugang zu den Regelangeboten der sozialen Stadtteilentwicklung eröffnen. Zudem müssen erlernte Kompetenzen auch konsequent angewandt und weiterverfolgt werden, um nicht wieder in alte Muster zu verfallen.
- Durch eine Zusammenarbeit und Vernetzung der Träger können so maßgeschneiderte Angebote gemacht werden und es kann sozusagen „arbeitsteilig“ agiert werden. Das beginnt z.B. schon bei der Kinderbetreuung während der Sprachkurse.

- Zudem darf nicht verkannt werden, dass Integration nicht immer konfliktfrei erfolgt. Konflikte zu benennen und Lösungen dafür zu suchen, ist eine Teil des Integrationsprozesses. Wir brauchen kommunale Strategien zur Entschärfung sozialer Konflikte in problematischen Wohnbezirken und ein realistisches Konfliktmanagement in der Jugendarbeit, wenn es z.B. um die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Zuwandergruppen geht. Diese Aufgaben sind nur durch ein optimales Zusammenspiel aller Akteure zu bewältigen.
- Durch das in der Diskussion befindliche Zuwanderungsgesetz verschärfen sich die Probleme, wenn nur noch die neu in Deutschland ankommenden MigrantInnen Sprachförderungsmaßnahmen bekommen. Insbesondere wenn Frauen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland kommen, keine Förderung mehr bekommen, hat dies über die sinkenden Integrationschancen für die Mütter hinaus absehbar auch negative Auswirkungen auf die Integration ihrer Kinder. Von daher ist es am besten, wohnortnahe Sprachförderung im Zusammenhang mit Kinderbetreuung zu realisieren. Die Vernetzung der Angebote ist sinnvoll, denn die erworbenen Kenntnisse müssen angewandt werden und es kann sinnvoll sein, Personen nach einer Maßnahme an andere geeignete Träger weiter zu leiten.

Fazit:

- Soziale Stadtteilentwicklung kann nur gelingen, wenn alle maßgeblichen Bevölkerungsgruppen in den Prozess mit einbezogen sind.
- Da ohne entsprechende Sprachkenntnisse die weiteren Fördermaßnahmen nicht greifen, besteht hier dringender Handlungsbedarf.
- Ein Großteil der MigrantInnen ist aber nur mit wohnortnahen Angeboten zu erreichen.
- Zudem ist durch Träger vor Ort und deren Vernetzungen untereinander die Begleitung der Integrationsprozesse besser sichergestellt, als durch zentralisierte und damit in vielen Bereichen „theoretisch“ werdende Eingliederungsangebote.
- Es muss sichergestellt werden, dass die bisherigen Angebote nicht der Neuordnung der Finanzierung von Sprachkursen zum Opfer fallen, da ansonsten Rückschläge für die soziale Stadtteilentwicklung zu befürchten sind.

Maria Maderyc

Amtsleiterin in der Behörde für Soziales und Familie:

Aufgaben, Zusammensetzung und Vorgehen des Integrationsbeirates

Einige Kernaussagen, wie der Prozess der Konzeptentwicklung zum Thema Integration in Hamburg verläuft:

Obwohl das Zuwanderungsgesetz bisher nicht beschlossen ist, sondern sich im Abstimmungsverfahren in Bundestag und Bundesrat befindet, ist die BSF aktiv bei der Neukonzeptionierung der Sprachförderung in Hamburg. Für den Integrationsbeirat wurde eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Sprachförderangebote in Hamburg und ihre Finanzierung durchgeführt, die nunmehr vorliegt.

Ausgehend von der Informationsveranstaltung am 31.01.2003 wurden 3 Arbeitsgruppen gegründet, deren Ergebnisse inzwischen dem Integrationsbeirat vorliegen:

1. Informationen für Zuwanderer im Internet, darin sollen dargestellt werden:

- Informationen zu ausländerrechtlichen Fragen
- Erstinformationen für Zuwanderer und SpätaussiedlerInnen
- Umfassende Informationen über Angebote der Sprachförderung, Beruf, Qualifizierungsmöglichkeiten etc.
- Freizeitangebote (Sport etc.)
- Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, kulturelle Veranst. etc.)
- Aktuelles (Neuregelungen etc.)

Wichtig: Das Ehrenamt kann bei der Integration eine wichtige Rolle spielen.

2. Bestandsaufnahmen:

- Bestandsaufnahme der Träger mit staatlicher Förderung
- Bestandsaufnahme zu Fachthemen
- Bestandsaufnahme zu Zielgruppen

Die Bestandsaufnahme ist abgeschlossen, die Ergebnisse werden bald vorgestellt.

3. Fachliche Schwerpunktsetzung, Schwerpunktthema Sprachförderung:

- gemeinsame Kurse für Menschen unterschiedlicher Nationalitäten
- finanzielle Anreize für Jugendliche zum Besuch von Sprachkursen
- Durchführung von Sprachkursen in Betrieben
- Wohnortnahe und niedrighschwellige Sprachkurse insb. für Mütter mit Kleinkindern
- Besonders dringlich: Sprachkurse für Frauen
- Einbeziehung ehrenamtlicher Helfer („Migranten helfen Migranten“)
- Finanzierung: u.a. Erhebung von Eigenbeiträgen, Sponsoring

Weitere Schwerpunktthemen:

- Nutzen der interkulturellen Potentiale

- Stadtteilbezogene Kinderbetreuung
- Kinder: Zusätzliche Angebote in und außerhalb der Schule

Der Integrationsbeirat verfolgt 6 Schwerpunktthemen:

- Novellierung des Schulgesetzes
- Integration durch Sprache und Bildung
- Integration älterer Zuwanderer
- Integration zugewanderter Frauen
- Integration in Arbeit und Ausbildung
- Integrationsförderung in Sport und Freizeit

Vernetzung spielt eine entscheidende Rolle, ohne Vernetzung geht es nicht.

Finanzierung der Maßnahmen:

Aufgrund sich ändernder gesetzlicher Rahmenbedingungen wird die Behörde für Soziales und Familie in Zukunft finanzielle Mittel zur Sprachförderung umschichten müssen. Hierbei ist auch der spezielle Förderbedarf von neu Zugewanderten und schon länger hier lebenden Zuwanderern zu berücksichtigen.

Lösungen:

- Auch Firmen sind bereit, sich an der Finanzierung von Sprachförderung zu beteiligen.
- Durch den Einsatz Ehrenamtlicher z.B. in Anfängerkursen können Mittel anderweitig eingesetzt werden.

Zusammenfassung der Diskussion (1. Teil)

Amadeus Hempel (Interkulturelle Bildung Hamburg) weist darauf hin, dass bei aller Sympathie für das Ehrenamt dieses bezogen auf Sprachförderung schnell an seine Grenzen stößt und, gerade beim Unterrichten von AnfängerInnen, Professionalität notwendig ist. Er betont, dass bei allen Maßnahmen die Ziele der Sprachförderung klar definiert sein müssen, z.B. ob die Sprachförderung der Vorbereitung auf den Beruf, auf Studium oder Ausbildung dient. Er weist darauf hin, dass in der aktuellen Situation viele Träger (auch der IBH) elementare Probleme durch die unklare bzw. reduzierte Finanzierung haben, so dass Personal entlassen werden muss. Auf diese Weise werden die wichtigen, bei den Trägern vorhandenen Kompetenzen aktuell abgebaut.

Frau Maderyc erwidert, dass es Finanzierungsmöglichkeiten gibt, die bisher von Hamburg nicht gut genutzt wurden (in Europa, aber auch bei Hamburger Firmen). Dies soll sich zukünftig ändern.

Angela Batty (Gesamtschule Horn) berichtet von einem Projekt aus München, bei dem Mütter mit kleinen Projekten, z.B. Handarbeiten oder Kochen, in den Unterricht

einbezogen werden. Auf diese Weise lernen sie deutsch und bekommen Kontakt zur Institution Schule sowie den LehrerInnen ihrer Kinder, was zu einer enormen Erleichterung im Falle von auftretendem Gesprächsbedarf führt.

Frau Maderyc merkt an, dass die BSF bereits dabei ist, vergleichbare Ansätze zu koordinieren.

Ellen Abraham (VHS Billstedt) berichtet, dass ihr Projekt „Deutsch für Mütter an Vorschulen“ bisher keine Aussage über die weitere Finanzierung erhalten hat, so dass die Maßnahmen mit dem Ende des Schuljahres (Sommer 2003) enden. Dies ist besonders bedauerlich, da die Maßnahmen sehr gute Erfolge gebracht haben.

Irmtraud Schnell (Senatsamt für die Gleichstellung) berichtet, dass viele Schulen sich mit Bedarf für Maßnahmen (Deutsch für Mütter) gemeldet haben. Sie plädiert dafür, diese Maßnahmen dringend weiterzuführen und nach Möglichkeit bereits für Mütter in Kitas anzubieten.

Den Einsatz von Ehrenamtlichen bei niedrigschwelligen Angeboten hält sie für schwierig, da dies häufig der Einstieg ist, dem längere Wartezeiten und in vielen Fällen wenig Vorbildung vorausgehen. Gerade solchen niedrigschwelligen Maßnahmen für AnfängerInnen müssen von gut qualifizierten Kräften durchgeführt werden, um einen guten Einstieg zu gewährleisten und die Nachhaltigkeit des Gelernten zu sichern.

Udo Springborn (Ortsamtsleiter Rothenburgsort) berichtet von der Veddel, wo früher auch noch zahlreiche deutsche Kinder gelebt haben. Dies ist aktuell nicht mehr der Fall, so dass die Kinder nicht mehr zweisprachig aufwachsen.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass in vielen Familien zunächst die Männer davon überzeugt werden müssen, dass ihre Frauen Deutschkurse besuchen dürfen. Dies gelingt leider nicht immer, so dass in diesen Familien die Kinder vor Beginn der Schulzeit kaum mit der deutschen Sprache in Berührung kommen.

In Toronto hat er ein Projekt kennengelernt, in dem BewohnerInnen der Stadt Patenschaften für neue Zuwanderer eingehen. Er schlägt vor, etwas Vergleichbares auch in Hamburg zu initiieren, und trifft damit auf viel Interesse und Zustimmung bei den anderen TeilnehmerInnen.

Maria Maderyc erklärt zum Abschluß dieser Diskussionsrunde, dass sie die Vorschläge und Argumente weitertragen wird. Neue Ideen sollen aus den bisherigen Geldern umfinanziert werden.

Rüdiger Winter

Arbeit und Leben Hamburg / Billenetz

Einleitung zum zweiten Teil der Veranstaltung: Angebote für wohnortnahe Sprachförderung sind notwendig

Laut einer Erhebung nehmen 60% der zugewanderten Frauen in den ersten 3 Jahren ihres Aufenthaltes in Deutschland nicht an einem Sprachkurs teil. Von den Frauen, die Sprachkurse besuchen, nehmen nur 20% an Kursen mit dem Umfang von 600 Stunden teil. Dieses Defizit wird in den Stadtteilen sichtbar und fällt dort in den Einrichtungen auf, die von den Frauen besucht werden, wie z.B. Elternschulen. Obwohl Deutsch-Kurse eigentlich nicht zur Aufgabe dieser Einrichtungen gehören, sind sie aber gerade hier besonders notwendig, um eine Verständigung überhaupt zu ermöglichen. Und es bietet sich an, Sprachkurse hier durchzuführen, weil diese Einrichtungen von den Frauen und ihren Familienangehörigen akzeptiert werden.

Im zweiten Teil der Veranstaltung berichten die 3 Netzwerkpartner des Billenetzes, die niedrigschwellige wohnortnahe Sprachförderung für Mütter mit kleinen Kindern in ihren Einrichtungen anbieten, von ihren Erfahrungen.

Angela Schmidt

Elternschule Rothenburgsort/Veddel

Teilnehmerinnen- und Angebotsprofil der Rothenburgsorter Deutschkurse

An den seit Frühjahr 2003 durchgeführten Deutschkursen der Elternschule Rothenburgsort / Veddel nehmen 37 Frauen teil. Ein Angebot findet in der Elternschule statt, der zweite Kurs ist in der Kita Marckmannstraße. Eine Auswertung von persönlichen Daten der Teilnehmerinnen hat folgendes ergeben: 31 Frauen (von 6 Frauen fehlten die entsprechenden Daten) haben insgesamt 78 Kinder. Die Teilnehmerinnen sind im Alter zwischen 19 und 55 Jahren, ihre Aufenthaltsdauer in Deutschland liegt im Durchschnitt bei 8,4 Jahren. Die Frauen haben vorher überwiegend keine Deutschkurse besucht. Die Teilnehmerinnen kommen aus 9 Herkunftsländern, zu 2/3 aus der Türkei. Sie sind häufig bildungsungewohnt und verfügen auch in ihrer Muttersprache über wenig Lernkompetenz. Von daher verfolgen die Kurse den kommunikativen Ansatz. Angela Schmidt betont, dass die an der Elternschule Rothenburgsort / Veddel durchgeführten Sprachkurse auf keinen Fall ein Ersatz für einen regulären Deutschkurs sein können, sondern dass sie vor allem den Charakter eines Einstiegsangebotes haben. An den Ressourcen der Frauen anknüpfend ist das Ziel, das für das Lernen notwendige Selbstvertrauen aufzubauen und mit einer Methodenvielfalt Selbstlernerfolge zu ermöglichen sowie vermittelnd den Zugang zu regulären Angeboten zu erleichtern.

Marianne Dotzek
Elternschule Horner Geest

Frühzeitige Sprachförderung und Kooperation im Stadtteil wirken präventiv

Bereits seit 10 Jahren ist der Bedarf und die Notwendigkeit von Sprachförderung im Stadtteil bekannt. Dies lässt sich an einem Fallbeispiel besonders plastisch darstellen:

Durch ihr aggressives Verhalten waren die beiden Kinder einer 21jährigen Mutter aufgefallen, in der Elternschule war es zu Konflikten mit anderen Müttern und Kindern gekommen. Da die Mutter fast gar kein Deutsch sprach, wurde eine türkische Betreuerin hinzu gezogen. Die Mutter war erleichtert über die Unterstützung und begann, sich am professionellen Umgang der Erzieherin mit den Kindern zu orientieren. In der Folgezeit begannen die Kinder, die zuvor weder angemessen deutsch noch türkisch sprechen konnten, beide Sprachen zu erlernen, so dass sie nun in eine normale Kita gehen. Der Start in ein „normales“ Leben ist damit zunächst geglückt. In Planung ist nunmehr die Kooperation zwischen der Vorschule, Kita und der Elternschule, um solche Fälle sinnvoll begleiten zu können. Auf diese Weise hat sich gezeigt, dass die Teilnahme der Mutter am Deutschkurs und die gleichzeitige Kinderbetreuung auch den Charakter einer präventiven Maßnahme hatten, mit deren Hilfe absehbare spätere Probleme bereits im Vorwege verhindert werden konnten.

Kathrin Koldewey und Raimund Menzel
Kinder- und Familienhilfezentrum Dringsheide

Sprache wirkt als Kompass

Bereits seit längerem gibt es am Kinder- und Familienhilfezentrum Dringsheide viel Nachfrage nach Deutschangeboten, bislang war aber kein Geld für diese Maßnahme vorhanden. Erst durch das Billenetz war die Anschubfinanzierung dafür möglich.

Aus ihrer Sicht ist Sprache das zentrale Thema, weil:

- Sprache die Brücke zwischen den Kulturen herstellt, die notwendig ist um in Deutschland Fuß zu fassen;
- Sprache die Grundvoraussetzung ist, um am sozialen Leben teilzunehmen;
- Man nur mit Hilfe der Sprache sein Umfeld erschliessen und nutzen kann (Arzt, Behörden, Informationsstellen, usw.). Sprache ist der Kompass, mit dessen Hilfe man weiss wie man sich in der fremden Umgebung bewegt.

Auch am KiFaz Dringsheide besuchen überwiegend bildungsungewohnte Frauen die Deutschkurse, häufig werden von ihnen die Kinder als Dolmetscher gebraucht. Etwas neues zu lernen ist in aller Regel mit der Scham vor Fehlern und Blamagen verbunden, so auch wenn es darum geht den Einstieg in einen Deutschkurs zu wagen. Die Lehrerinnen müssen mit dieser Scham sensibel umgehen und ein vertrauter Ort ist hilfreich um Scham zu überwinden. Deshalb ist eine vertraute Gruppe und ein bekannter Ort eine wichtige Voraussetzung, um einen Sprachkurs zu beginnen.

Bei einigen Teilnehmerinnen haben wir feststellen müssen, dass die Situation, in einem Land zu leben und nicht der Sprache mächtig zu sein, zu einer solchen Isolation geführt hat, dass sie unter depressiven Symptomen leiden. Deshalb sind zeitweilig psychosoziale Beratungsthemen Bestandteil des Deutschunterrichts, die darauf abzielen über die eigene Befindlichkeit sprechen zu können, um damit Ausdruck für Gefühle zu gewinnen. Diese Kompetenzen sind z.B. bei einem Arztbesuch essentiell.

Unter diesen Gesichtspunkten ist für den Einstieg die gezielte Verknüpfung von Sprachkurs und Sozialberatung in diesem niedrigschwelligen Angebot besonders wichtig, denn die Begleitung der Frauen ist weit über die bei „normalen“ Deutschkursen übliche Begleitung hinaus notwendig und sinnvoll. Um diese Angebote vor allem in benachteiligten Stadtteilen weiterhin aufrecht erhalten zu können ist eine Unterstützung bei der Finanzierung durch die zuständigen Behörden notwendig.

Zusammenfassung der Diskussion (2. Teil)

Rüdiger Winter weist zu Beginn der Diskussion noch einmal darauf hin, dass das Bille-netz nicht vorhat, sich als zusätzliche Sprachschule zu etablieren. Vorstellbar und wünschenswert wäre z.B., wenn größere Träger ihre Maßnahmen vor Ort in den Stadtteilen anbieten würden.

Irmtraud Schnell (Senatsamt für die Gleichstellung) ergänzt die bisherigen Darstellungen damit, dass das Thema Kinder / Erziehung Teil von Sprachkursen sein sollte. Mütter und Kinder können in Sprachkursen mit Ritualen, Liedern und Spielen vertraut gemacht werden, so dass das Gelernte problemlos in den Alltag integriert werden kann. Auf diese Weise wird die Nachhaltigkeit des Gelernten gesichert.

Michael Mentz (Quartiersentwicklung Horner Geest) verweist auf das Quartiersentwicklungskonzept mit seinem Ziel, die Lebensbedingungen der BewohnerInnen zu verbessern. Zur Zeit gibt es für die Sprachförderung kaum finanzielle Mittel; er fragt an, ob hier Modellversuche möglich sind?

Markus Schreiber (Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte) betont in seinem Schlußwort, dass auch aus seiner Sicht wohnortnahe niedrigschwellige Sprachangebote wichtig sind. Denn über die Mütter kommt man an viele Kinder heran, und das ist wichtig für ihre Perspektive.

Maria Maderyc (Amtsleiterin der Behörde für Soziales und Familie) teilt die Auffassung, dass Mütter auf beeindruckende Weise als Multiplikatoren wirken. Sie wird Ende August zu einer weiteren hamburgweiten Veranstaltung einladen, dabei wird eine Fragestellung sein, was die Einrichtungen vernetzt gemeinsam machen können. Unter diesem Aspekt wird sie sich die Vergabe der vorhandenen Mittel ansehen. Unter Vernetzung versteht sie hier in erster Linie die inhaltliche Vernetzung, nicht die von den TeilnehmerInnen betonte regionale Vernetzung, denn aus ihrer Sicht ist die Stadt überschaubar, die Leute sollen sich in ihr bewegen. Patenschaften und ähnliche Vorschläge findet sie gut und unterstützenswert. Sie schlägt vor, bis zum Treffen des Integrationsbeirats am 09.09.2003 derartige Projektideen zu konkretisieren und sie dort einzubringen.

Thesen- und Argumentationspapier zur Sprachförderung
Bettina Rosenbusch, Billenetz

Zielgruppenorientierte Angebote zur wohnortnahen, niedrigschwelligen Sprachförderung müssen ausgebaut werden!

1. Die vorhandenen Sprachförderstrukturen reichen nicht aus.

Im Rahmen des Quartiersmanagements Horner Geest sowie des Bildungsprojektes Billenetz wurde festgestellt, dass zu geringe Sprachkenntnisse oftmals die entscheidenden Hindernisse bei der Eingliederung ins Erwerbsleben oder im sozialen Miteinander bilden und damit den Ausgangspunkt vieler weiterer sozialer Probleme darstellen.

Ergebnisse einer umfangreichen Befragung in der Billenetz- Region zeigen auf, dass die vorhandenen Angebote in Umfang, Qualität und in Bezug auf die Zielgruppe nicht dem tatsächlichen Bedarf an Sprachförderung entsprechen. Die Sprachproblematik kann im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten nicht aufgefangen werden. Ein besonders hervorzuhebendes Ergebnis der Befragung ist, dass Sprachlernangebote in den traditionellen Bildungsinstitutionen insbesondere von Migrantinnen mit kleinen Kindern aufgrund geringer räumlicher Mobilität, familiärer Verpflichtungen und starrer Rollenvorgaben nicht wahrgenommen werden können. Darüberhinaus ist mangelhafte Sprachkompetenz nicht nur ein wesentliches Integrationshemmnis für die Mütter, sondern hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Lebensperspektive ihrer Kinder. Häufig kommt es aufgrund mangelnden Sprachvermögens zu erheblichen Schwierigkeiten bei der schulischen Eingliederung bis hin zu Einschränkungen bei der späteren Berufswahl der Kinder. Die gezielte Förderung von Migrantinnen ist daher auch ein unabdingbarer Baustein zur sprachlichen Frühförderung von Kindern.

2. Die Ausweitung wohnortnaher, niedrigschwelliger Angebote ist notwendig.

Die bisherigen Förderstrukturen decken die tatsächlichen Bedarfe nicht ab. Notwendig ist insbesondere die Ausweitung von wohnortnahen, niedrigschwelligen Angeboten zur familienorientierten Förderung. Das Kursangebot für die Mütter / Eltern soll durch eine parallele Kinderbetreuung, in der ebenfalls Sprachförderung stattfindet, ergänzt werden. Ziel dieser Angebote soll sein, dass die Teilnehmerinnen im Anschluß an weiterführenden Sprachlernangeboten teilnehmen können. Da die Zielgruppe hinsichtlich Herkunftsland und Sprachkenntnis sehr heterogen ist, sind passgenaue, differenzierte Konzepte notwendig. Bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen handelt es sich, neben neuen Zuwandererfamilien, vornehmlich auch um Migrantinnen der 2. und 3. Generation.

3. Sprachförderung ist ein wichtiger Bestandteil sozialer Stadtentwicklung.

Die Freie und Hansestadt Hamburg sowie ihre Bezirke sollten, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen bundesweiten Neu-Strukturierung der Sprachförderung ein großes

Interesse daran haben, entsprechende Angebote an Sprachförderung sicher zu stellen, möglichst weiter auszubauen und Einfluß auf die Strukturen der Sprachförderung zu nehmen. Wohnortnahe Sprachförderung kann einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung und der bestmöglichen Integration von MigrantInnen leisten. Es liegt im Interesse der Stadt und der Bezirke, dass die Angebote der Sprachförderung den tatsächlichen Bedarfen entsprechen. Auf diese Weise können bedeutende Erfolge im Hinblick auf die gesellschaftliche Integration der MigrantInnen erzielt werden.

4. Finanzmittel für wohnortnahe, niedrigschwellige Sprachförderung sind notwendig.

Die Neustrukturierung der Sprachförderung in vom Bund finanzierte Basis-Kurse sowie von den Ländern finanzierte Aufbau-Kurse wird erhebliche Anteile des für Integration und Sprachförderung vorgesehenen Etats des Hamburger Haushalts binden. Es ist daher zu befürchten, dass gerade für Migrantinnen, die im Zuge der Familienzusammenführung nach Hamburg gekommen sind und Migrantinnen der 2./3. Generation mit ihren Kindern in Zukunft weniger Mittel für Sprachförderangebote zur Verfügung gestellt werden. Dies wäre im Hinblick auf die gesellschaftliche Integration und das Zusammenleben von MigrantInnen und Deutschen eine verheerende Entwicklung, ganz zu schweigen von den gesellschaftlichen, aber auch finanziellen Folgekosten. Es ist unbedingt notwendig, für diese MigrantInnen-Gruppen das Angebot an wohnortnahen, niedrigschwelligen und bezahlbaren Integrationsmaßnahmen und Sprachförderung im Sinne der oben beschriebenen Kriterien aufrecht zu erhalten und nach Möglichkeit weiter auszubauen.

27.02.2003

Sprachförderung im Billemnetz: Amtsleiterin setzt auf Zusammenarbeit

von Rüdiger Winter

Die Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, Maria Maderyc, hat dem Billemnetz auf dem Gebiet der Sprachförderung die Fortführung des Dialogs und eine Zusammenarbeit angeboten. Frau Maderyc wird für Ende August zu einem weiteren Treffen einladen, um gemeinsam Projektideen zu konkretisieren, die dann dem Integrationsbeirat vorgelegt werden sollen. Das ist das wesentliche Ergebniss des Fachgespräches „Soziale Stadtteilentwicklung durch Sprachförderung“, zu dem das Billemnetz und Bezirksamtsleiter Markus Schreiber am 18. Juni eingeladen hatten.

Schreiber hob in seinem Beitrag die besondere Bedeutung der Sprachförderung für die soziale Integration hervor. Hier seien große Versäumnisse der Vergangenheit nachzuholen. Gerade in unserem Bezirk lebten sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund – oft bereits seit vielen Jahren – ohne die nötigen Deutschkenntnisse. Zwar dürfe man Integration nicht mit Assimilation gleichsetzen, die deutsche Sprache sei jedoch als „Lingua Franca“ unerlässlich. Schreiber wies auch auf den engen Zusammenhang zwischen mangelnden Deutschkenntnissen und Benachteiligungen, wie Arbeitslosigkeit und Armut hin. Obwohl die Förderung von Deutschkenntnissen keine originär bezirkliche Aufgabe sei, so der Bezirksamtsleiter, sei doch eine kommunale Strategie notwendig, die das „optimale Zusammenspiel aller Akteure“ erreichen müsse. Schreiber: „Integration geschieht vor Ort!“

Die Amtsleiterin Maderyc zeigte sich ebenfalls sehr an Kooperation und Vernetzung interessiert. In diesem Zusammenhang verwies sie auch auf die, nach ihrer Kenntnis, große Bereitschaft von Firmen, sich aktiv im Bereich Sprachförderung zu engagieren. Insgesamt müsse vor dem Hintergrund

knapper Kassen das ehrenamtliche Engagement stärker in Betracht gezogen werden. Auch europäische Fördermöglichkeiten seien bislang zu wenig ausgeschöpft worden. Die Behörde wolle das Thema Integration und Sprachförderung offensiv angehen, auch wenn das Zuwanderungsgesetz noch nicht die parlamentarischen Hürden genommen hätte. Die Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in Hamburg liege bereits vor.

Aufgrund der unklaren Rechtslage und unzureichender Finanzierungsregelungen sind bereits jetzt viele Sprachkursanbieter existenziell gefährdet. Darauf wies Amadeus Hempel, Interkulturelle Bildung Hamburg, hin. Wenn hier nicht bald elementare Voraussetzungen geschaffen würden, so Hempel, gingen in Hamburg wichtige Kapazitäten verloren. Weil sich die Regelungen des geplanten Zuwanderungsgesetzes ausschließlich auf sogenannte Neuzuwanderer beziehen, droht eine drastische Reduzierung, wenn nicht sogar das Versiegen der Förderung für bereits länger hier lebende Ausländer. Gerade in diesem Bereich gibt es aber einen großen Bedarf, der sich direkt in den Stadtteilen äußert.

Welche wertvolle Arbeit hier die sozialen Einrichtungen leisten, wurde eindrucksvoll von Angela Schmidt (Rothenburgsort), Marianne Dotzek (Horner Geest) sowie von Raimund Menzel und Kathrin Koldewey (Dringsheide) geschildert. Die Nachfrage nach wohnortnahen Angeboten ist vor allem bei Frauen mit kleinen Kindern groß. So erreicht die Elternschule Rothenburgsort in den zwei, im Rahmen des Billemnetzes geförderten Kursen momentan 37 Teilnehmerinnen mit 78 Kindern.

(aus: billemnetz brief Nr. 3, Juli 2003)

Liste der TeilnehmerInnen

Markus Schreiber (Bezirksamtsleiter HH-Mitte)

Maria Maderyc und Martin Garske (Behörde für Soziales und Familie/Integrationsbeirat)

Irmtraud Schnell (Senatsamt für die Gleichstellung)

Udo Spingborn (Ortsamtsleiter Rothenburgsort)

Erwin Jochem (Bezirksamt HH-Mitte)

Brigitte Jung (Jugendamt HH-Mitte)

Amadeus Hempel (Interkulturelle Bildung Hamburg)

Ellen Abraham und Gaby Seiler-Lübbecke (Volkshochschule Billstedt)

Michael Mentz (Quartiersentwicklung Horner Geest)

Raimund Menzel und Kathrin Koldewey (KiFaZ Dringsheide)

Angela Schmidt und Anka Höfling (Elternschule Rothenburgsort)

Marianne Dotzek (Elternschule Horner Geest)

Angela Batty (Gesamtschule Horn)

Rüdiger Winter (Arbeit und Leben Hamburg, Billenetz)

Bettina Rosenbusch (Billenetz)

